

# Der Bildungspolitiker : Gestalter des bernischen Erziehungswesens

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde**

Band (Jahr): **58 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

liche Verfolgung und die Ausweisung vieler deutscher Flüchtlinge versetzte der kurzlebigen Bewegung des «Jungen Europa», einer von Mazzini betriebenen, halb konspirativen Vernetzung der revolutionären Kräfte, den Todesstoss.<sup>84</sup>

## 7. Der Bildungspolitiker: Gestalter des bernischen Erziehungswesens

Am 9. November 1831 wählte der bernische Grosse Rat Charles Neuhaus zum Präsidenten des Erziehungsdepartementes. Das Departement unterstand damals nicht einem einzigen Direktor, sondern einer Kollegialbehörde. Neben Neuhaus sassen drei weitere Regierungsräte in der Departementsleitung, ausserdem gehörten ihr als Experten ein Pfarrer, der Pädagoge und Grossrat Philipp Emanuel von Fellenberg sowie der Grossrat Hans Schnell an. Die kollegiale Leitung des Departementes erschwerte die Regierungsarbeit, zumal verschiedene Mitglieder der Behörde noch einer beruflichen Arbeit nachgingen. Ausserdem konnte Neuhaus nicht auf einen Verwaltungsapparat zurückgreifen, da selbst administrative Aufgaben und die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen in Kommissionen erledigt wurden, die nach dem Milizsystem funktionierten. Der grossen Landschulkommission beispielsweise gehörten Vertreter sämtlicher Amtsbezirke des Kantons an. Zur Mehrheit Pfarrer, waren die Kommissionsmitglieder nicht zu jeder beliebigen Zeit abkömmlich, sondern konnten nur ab und zu für Sitzungen einberufen werden. Schwerfälligkeit und Langsamkeit liessen sich in der Verwaltung folglich kaum vermeiden. Dennoch hat die liberale Regierung in wenig anderen Bereichen der Staatstätigkeit soviele Reformen in Gang gesetzt wie im Bildungswesen. Die Einführung der Volksschule auf Basis der allgemeinen Schulpflicht, die Verstaatlichung und Verbesserung der Lehrerbildung, der Aufbau von Sekundarschulen auf dem Land und der Ausbau des höheren Bildungswesens gehören zu ihren wichtigsten Errungenschaften. Die Regenerationsregierung hat den Grundstein für ein modernes Bildungswesen gelegt. Charles Neuhaus, obwohl er als Bildungspolitiker heute im Schatten seiner berühmteren Zeitgenossen Jeremias Gotthelf oder Philipp Emanuel von Fellenberg steht, hat sowohl der Volksschule als auch der höheren Bildung im Kanton Bern seinen Stempel aufgedrückt.

### Das liberale Bildungsprogramm

Charles Neuhaus widmete sich vor allem in den 30er Jahren sehr intensiv den Bildungsfragen, und erst als er sich immer stärker mit innereidgenössischen und aussenpolitischen Angelegenheiten zu befassen begann, überliess er die Depar-

tementsleitung seinem Regierungskollegen Johann Schneider. Im Gegensatz etwa zu Fellenberg oder Gotthelf, die Bildungsfragen vor allem aus pädagogischem Blickwinkel angingen, standen für Neuhaus stets auch organisatorische, administrative und staatspolitische Probleme im Vordergrund. Trotzdem liessen sich viele seiner Pläne und Ideale nicht im erhofften Rahmen verwirklichen. Denn die patrizische Regierung der Restaurationszeit hatte weder der Volksschule noch der beruflichen und universitären Ausbildung grosse Bedeutung beigemessen. Die Volksschulbildung im Kanton Bern war sehr dürftig und die Analphabetenrate entsprechend hoch – oft konnte die Hälfte der Jugendlichen bei ihrem Schulaustritt kaum lesen, geschweige denn schreiben. Im Zentrum des Primarschulunterrichts stand die religiöse Unterweisung, die nach monotonen Lernmethoden den Schülern und Schülerinnen eingetrichtert wurde. Die Sinnlosigkeit des Auswendiglernens hat ein Grossrat in einer schönen Anekdote offengelegt. Bei einem Schulbesuch war er Zeuge der folgenden Begebenheit. Der Lehrer fragte das Kind: «Wo ist Christus gekreuzigt worden? Antwort: zu Bethlehem im Stalle, denn das Kind hatte in seinem Gedächtnis die auswendig gelernten Antworten verwechselt.»<sup>85</sup>

Neuhaus lehnte nicht nur mechanisches Auswendiglernen ab, sondern er stiess sich auch an der einseitigen Ausrichtung des Primarschulunterrichts auf religiöse Themen und entsetzte sich darüber, dass den Kindern nur biblische Geschichten vorgesetzt wurden. 1832, als er erstmals an der Tagsatzung in Luzern teilnahm, begegnete er einem Jungen, mit dem er sich über die Schule unterhielt. In einem Brief schilderte er das Gespräch: «Dans ma promenade d'avant-hier, j'ai rencontré un petit bonhomme, son sac sur le dos, revenant de l'école [...]. J'ai lié conversation avec lui & il m'a montré ses cahiers & son livre. C'étaient des histoires de la Bible. Toujours la Bible! Depuis 5 ans, il n'apprenait que cela. Pauvre enfant! Lire, écrire et compter, c'est tout ce que le sort lui réserve. Son écriture n'était pas mauvaise, je lui ai donné 10 batz pour l'encourager & il est parti joyeux.»<sup>86</sup> Die Begegnung mit dem Jungen fand zwar im katholischen Kanton Luzern statt – das vorliberale Primarschulwesen des Kantons Bern unterschied sich aber nicht grundsätzlich von dem der Nachbarkantone.

Auch die Lehrer verfügten nur über eine oberflächliche und lückenhafte Ausbildung, da die zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführten Lehrerbildungskurse nur das für die Volksschule notwendige Grundwissen vermittelten. Mit der höheren Bildung stand es nicht viel besser. Die bernische Akademie konzentrierte sich auf die Theologenausbildung, während das juristische und das medizinische Studium den universitären Anforderungen nicht zu genügen vermochten.

Das sollte sich nun ändern. Die Liberalen, die selbst vorwiegend aus der Schicht des gebildeten Bürgertums stammten, waren vom Bildungsoptimismus beseelt und erachteten es als ihre Pflicht, die breite Bevölkerung an den Wohltaten der Aufklärung teilhaben zu lassen. Die liberale Bildungspolitik war aber nicht allein von philanthropischen Motiven getragen. Im Gegenteil, es galt nun,



Jeremias Gotthelf (1797–1854). Lithographie von F. Irminger nach einer Zeichnung von J. Barth. Staatsarchiv Bern, T.B. 23.

*Der Pfarrer Albert Bitzius, als Schriftsteller unter dem Pseudonym Jeremias Gotthelf bekannt, gehörte zu den bissigsten Kritikern von Charles Neuhaus. Er engagierte sich wie viele seiner Berufskollegen in der Bildungspolitik und trat für die Hebung der Volksschule ein, von der er moralische Erziehung und religiöse Unterweisung erwartete. Doch gerade diese Ziele sah er in Neuhaus' aufklärerischem Bildungsprogramm nicht verwirklicht. Er liess seinem Unmut über den Präsidenten des Erziehungsdepartementes im «Berner Volksfreund» freien Lauf und scheute nicht davor zurück, in polemischen Artikeln Neuhaus ins Lächerliche zu ziehen. Als Gesinnungsfreund der Brüder Schnell hatte Gotthelf die liberalen Reformen ursprünglich begrüsst. Aus Enttäuschung über die politische Radikalisierung schloss er sich aber bald den Konservativen an und beschuldigte den Freisinn, in der Bevölkerung kruden Materialismus zu wecken, die Moral und die Religiosität zu untergraben und jegliche Achtung vor Autoritäten zu zerstören.*

nützliche und tüchtige Arbeitskräfte sowie verantwortungsbewusste Staatsbürger zu erziehen. Stand doch die liberale Regierung vor der paradoxen Situation, dass die Verfassung von 1831 den mündigen Citoyen voraussetzte, währenddem viele der mit politischen Rechten ausgestatteten Männer nur schlecht lesen und schreiben konnten und in den politischen Grundbegriffen kaum bewandert waren. Wer aber am politischen Leben partizipieren wollte, musste sich sowohl über seine Rechte als auch über seine Pflichten in Kenntnis setzen können. Staatsbürger, die diese Bedingungen erfüllten, die sich ohne Zwang den politischen Spielregeln unterwarfen und die Freiheitsrechte im Sinn und Geist der Verfassung zu nutzen wussten, mussten überhaupt erst herangebildet werden. Die Bildung sollte nun in erster Linie Erziehung zum Staate sein. Zugleich hatte die Volksbildung zum Zweck, den liberalen Staatsgedanken in der Bevölkerung zu verankern und den neuen politischen Institutionen die notwendige Legitimation zu verschaffen.<sup>87</sup>

Neuhaus hat diese Ziele mit grossem Eifer verfolgt. In seinen Reden vor dem Grossen Rat hat er immer wieder die staatstragende Bedeutung der Schule hervorgehoben: «Die Primarschulen sind die Basis jeder guten gesellschaftlichen Organisation», liess er 1835 anlässlich der Debatte über das Primarschulgesetz verlauten, und er definierte die Aufgabe der bernischen Volksschule wie folgt: «In der Primarschule müssen sich die wahren Verteidiger des Vaterlandes bilden.»<sup>88</sup>

Freilich war es nicht die Volksschule, die zuerst ihre Umgestaltung fand, sondern das höhere Bildungswesen. Zwar hat das Erziehungsdepartement mit finanziellen Hilfeleistungen schrittweise den Ausbau der Volksbildung gefördert, die Errichtung von neuen Schulhäusern unterstützt und die Gemeinden aufgefordert, Sommerschulen einzuführen, da bisher fast nur im Winter Schulunterricht erteilt worden war. Ausserdem hat Neuhaus auch die Lehrerbildung auf eine staatliche Grundlage gestellt. 1832 in Münchenbuchsee, 1837 in Porrentruy entstanden die ersten staatlichen Lehrerseminare des Kantons, 1838 öffnete ein Lehrerinnenseminar in Niederbipp (später wurde es nach Hindelbank verlegt) den Frauen seine Tore. Die Primarschulgesetzgebung hingegen erforderte lange Vorarbeiten, angefangen bei Erhebungen über den Stand der Volksbildung im Kanton bis hin zur Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen.

## Gründung der Universität Bern

Bereits 1834 lag ein Gesetz über das Gymnasium und die Hochschule vor, das die Grundlage bildete für die Eröffnung der neuen Universität. Die Umwandlung der alten Akademie in eine Hochschule hatte sich aus verschiedenen Gründen aufgedrängt. Zum einen vermochte die alte Lehranstalt den Bedürfnissen des neuen Staates nicht mehr zu genügen. Die Verwaltung brauchte wissenschaftlich ausgebildete Beamte, die auf die liberale Weltanschauung eingeschworen waren. Die Akademie konnte aber weder die notwendige Ausbildung noch eine politisch konforme Lehre anbieten, da viele Dozenten noch mit der patrizischen Staatsauffassung sympathisierten. Auch richtete sich die Akademie nicht nach den Prinzipien der Lehrfreiheit, wie sie die neue Verfassung postulierte. Zum anderen stand die Gründung der Hochschule Bern in einem grösseren politischen Kontext. Ein Jahr zuvor, 1833, hatte die Regierung von Zürich eine eigene Universität ins Leben gerufen. Zudem war mit dem Umbruch von 1830/31 der Plan einer eidgenössischen Hochschule wieder zu neuem Leben erwacht, und Bern wollte nun im Wettbewerb um den Sitz dieser Anstalt nicht hinter anderen Kantonen zurückstehen. Schliesslich erhofften sich einige der liberalen Politiker, allen voran die Brüder Schnell, von einer liberalen und volksnahen Hochschule in Bern auch eine gewisse Ausstrahlungskraft auf den deutschsprachigen Raum.

Obwohl die Universität zweifelsohne als politische Institution konzipiert war und obwohl ihre Gründer von der neuen wissenschaftlichen Anstalt erwarteten, dass sie staatstreue, liberale Männer hervorbringe, stiess das Projekt selbst in oppositionellen Kreisen kaum auf Widerstand. Einzig bei der Frage der Zulassungsbedingungen musste Neuhaus davon absehen, die Maturität zur Voraussetzung des Hochschulstudiums zu machen. Als Konzession an die ländliche Bevölkerung wurde der Zugang zur Universität weitgehend freigegeben. Die neue Hochschule hatte wie die alte Akademie vier Fakultäten – eine theologische, medizinische, juristische und philosophische. Die Regierung erweiterte nun den Fächerkatalog erheblich, indem sie zahlreiche neue Lehrstellen schuf, etwa auch einen Lehrstuhl für Geschichte, der an der alten Akademie gefehlt hatte.

Am 15. November 1834 konnte Neuhaus mit einer feierlichen Zeremonie in der Heiliggeistkirche in Bern die Hochschule eröffnen. Mit Stolz bezeichnet er in seinen Erinnerungen den Gründungsakt als das wichtigste Ereignis des Jahres 1834, und seine Freude schimmert noch durch, wenn er schildert, wie stark ihn die Eröffnungsfeier bewegt habe. So schreibt er, dass er beim Verlesen der Ansprache so aufgeregt war, dass er einen Moment lang befürchtete, die Rede abbrechen zu müssen, und fährt fort: «L'église était parée, le ciel brillait de tout l'éclat d'un beau jour; Mozart aussi, dans une admirable symphonie, était venu nous dire son mot de sympathie et d'approbation.»<sup>89</sup> Neuhaus' Eröffnungsrede von 1834 ist ein emphatisches Bekenntnis zur Bildung und zu ihrer veredelnden Wirkung auf die Seele. Im tiefen Glauben, dass der wissenschaftliche Fortschritt auch zu einer moralischen Hebung des Denkens führe, wollte er den Nutzen der universitären Bildung nicht allein auf die Befriedigung der Neugierde und auf technisch umsetzbare Erkenntnisse beschränken. Vielmehr glaubte er, dass der menschliche Geist wachse, wenn er sich mit der Wahrheitssuche befasse, dass die Seele des gebildeten Menschen den Leidenschaften weniger wehrlos ausgeliefert sei. Die zivilisatorische Wirkung der Wissenschaft war für ihn oberstes Gebot. Doch nicht nur eine moralische Aufgabe wollte Neuhaus der wissenschaftlichen Bildung übertragen, sondern er band die Universität auch in die Gesellschaft und in den Staat ein. Nicht weltfremde Gelehrte solle die Hochschule herbeizüchten, sondern tüchtige Männer und verantwortungsbewusste Staatsbürger. Den künftigen Professoren rief er zu: «La République de Berne qui vous confie ses enfants pour les instruire dans les sciences utiles, vous demande aussi de lui former des citoyens.»<sup>90</sup>

Noch ahnte Neuhaus nicht, welche Folgen dieser Widerspruch zwischen der im Hochschulgesetz proklamierten Lehr- und Lernfreiheit und der Einbindung der Universität in staatliche Aufgaben zeitigen würde. Das Dilemma der Liberalen, die einerseits Freiheit zum höchsten Staatsprinzip erhoben, andererseits aber, in ständige Kämpfe mit ihren politischen Gegnern verwickelt, opportunistisch die kühn verkündeten Freiheitsrechte immer wieder einschränkten, prägte die ersten Jahre der Universität Bern. Unter dem Einfluss der Brüder Schnell



Ludwig Snell (1785–1854). Lithographie von F. Irminger. Schweizerische Landesbibliothek, Bern.

*Ludwig Snell lehrte in Bern Staatsrecht und war zugleich Redaktor des radikalen Schweizerischen Republikaners. Er griff regelmässig in die politischen Querelen ein. 1836 liess ihn die Berner Regierung im Zuge der Repressionswelle gegen die politischen Flüchtlinge verhaften und aus dem Kanton ausweisen. Zusammen mit seinem Bruder Wilhelm Snell trug er dazu bei, dass die Universität Bern bald als politisches Agitationszentrum verschrien war.*

hatte der Regierungsrat zahlreiche politische Flüchtlinge aus Deutschland auf Lehrstühle berufen. Noch im Rückblick, am Ende seiner Karriere, verteidigte Neuhaus die zum Teil umstrittene Wahl von politisch profilierten Hochschuldozenten. Auch er war überzeugt, dass die Regierung die Professuren für gesellschaftswissenschaftliche Fächer nur Anhängern der neuen Ordnung anvertrauen dürfe, da es nicht Aufgabe des öffentlichen Bildungswesens sei, dem Staat den Kampf anzusagen. Doch einige der neuen Dozenten, allen voran die Brüder Ludwig und Wilhelm Snell, mischten sich bald mit heftigen Polemiken in die tagespolitischen Kämpfe ein und schonten dabei am wenigsten die Vertreter der Regierung. Die Brüder Schnell, die sich anfänglich so stark für die Berufung der Snells und anderer deutscher Flüchtlinge an die Hochschule eingesetzt hatten, waren die ersten Opfer der spitzen Feder der politisch radikalen und zuweilen streitsüchtigen Professoren. Später hatte kein anderer unter den ständigen Angriffen und Kritiken von Wilhelm Snell und seinen Schülern mehr zu leiden als Charles Neuhaus selbst. Nach seinem Rückzug aus dem politischen Leben schrieb er verbittert, dass unter ihrem Einfluss der Kanton Bern mit «petits intrigants» bevölkert worden sei, denen Wilhelm Snell nur zu oft eingeflüstert habe, dass es ihre Aufgabe sein werde, den Staat zu leiten. Als kleine Intriganten bezeichnete er seine mächtigsten Feinde, die bald führenden Radikalen Stämpfli



Wilhelm Snell (1789–1851).  
Schweizerische Landesbibliothek, Bern.

*Wilhelm Snell, der erste Rektor der Universität, lehrte an der juristischen Fakultät Naturrecht. Er verstand es, in seinen Vorlesungen und am Stammtisch die ländlichen Studenten für den Radikalismus zu begeistern. 1845 strengte die Regierung einen aufsehenerregenden Prozess gegen ihn an, nachdem er die Studentenschaft zu weiteren Freischarenzügen aufgezwiegelt hatte. Snell wurde seines Amtes enthoben. 1846 holte ihn die radikale Regierung unter der Führung seines Schwiegersohns und ehemaligen Studenten Jakob Stämpfli wieder an die Universität zurück.*

und Ochsenbein.<sup>91</sup> Den bei den Behörden längst in Ungnade gefallenen Wilhelm Snell liess die Regierung 1845 absetzen.

So hatte die Universität Bern in ihren Anfängen keinen besonders guten Ruf. Immer wieder in politische Querelen hineingezogen und den Turbulenzen der Zeit ausgeliefert, war sie kaum der Ort für seriöse akademische Arbeit. Da viele Studenten ohne gymnasiale Vorbildung ein Studium aufnahmen, war das Niveau der Lehre nicht immer hochstehend. Auch übte die Hochschule in ihren ersten Jahren nicht die von den Gründern erhoffte Anziehungskraft auf Studenten des deutschsprachigen Raumes aus.

Hans Schnell, der sich in der Gründungsphase der Universität sehr eifrig für die Anwerbung von politisch engagierten Professoren bemüht hatte, distanzierte sich später von der liberalen Bildungspolitik und schob die Schuld an den Umtrieben, die von der Hochschule ausgingen, Neuhaus in die Schuhe. «Unser Erziehungsdepartement», schrieb er um die Mitte der 40er Jahre, inzwischen zu den Konservativen übergegangen, «unter dem Einflusse eines Mannes, der sich nie mit Wissenschaft befasst, und von zweckmässiger Einrichtung einer Hochschule keinen Begriff hatte, suchte den Werth einer solchen Anstalt mehr in der Zahl der Lehrstühle als im Gewichte der Lehrer, und legte ihr, nationalem Geschrei zu lieb, mehr eine politische als wissenschaftliche Bedeutung bei.»<sup>92</sup>



## Ausbau der Volksschule

1835 gelangte schliesslich auch das Primarschulgesetz vor den Grossen Rat. Es ersetzte die alte Schulordnung von 1720 und brachte zahlreiche Neuerungen, die freilich erst nach langen Anlaufschwierigkeiten überall durchgesetzt werden konnten. Die wichtigste Bestimmung war das Schulobligatorium für alle Kinder zwischen dem 7. und 16. Altersjahr. Nur mit der gesetzlich festgeschriebenen Schulpflicht konnte der Staat auch alle Kinder erfassen und sein Bildungsprogramm umsetzen. Die Erziehung zur politischen Freiheit basierte so auf einer Einschränkung der individuellen Freiheit, auf einem staatlichen Eingriff in die Sphäre der Persönlichkeit. Konsequenterweise war Neuhaus denn auch mit dem Vorwurf konfrontiert, die Schulpflicht verstosse gegen den Liberalismus. Die Kritik am Schulzwang versuchte er mit dem Argument zu entkräften, dass eine missbräuchliche Auslegung der Freiheit in die Unfreiheit führe, und er bezeichnete es nicht nur als Pflicht, sondern auch als Recht des Staates, seine Bürger zu politischen Wesen zu erziehen: «Un peuple ne pouvant devenir ni demeurer libre que par l'intelligence et la moralité, son premier intérêt général est l'instruction publique, et le premier droit comme le premier devoir de l'Etat est de ne point abandonner cette base de l'ordre social, ce fondement de la liberté, au caprice individuel, c'est-à-dire au hasard.»<sup>93</sup>

Beim Vollzug des Gesetzes erwies sich die Schulpflicht als eines der Haupthindernisse, zumal das Gesetz auch die Ganzjahresschule mit 44 Schulwochen verlangte, während bisher viele Kinder nur die Winterschule besucht hatten. Da die Kinderarbeit auf dem Land ebenso verbreitet war wie in den frühen Fabriken, waren die Widerstände von Eltern, Pflegeeltern und Arbeitgebern gegen den regelmässigen Schulbesuch der Kinder sehr stark. Ironischerweise hatte das Erziehungsdepartement beispielsweise auch Neuhaus' eigenes Unternehmen, die Indiennefabrik Verdan, rügen müssen, weil die dort angestellten Kinder nur abends nach der Arbeit die Fabriksschule besuchen konnten und wöchentlich bloss 6 Stunden Unterricht erhielten.<sup>94</sup>

Das Primarschulgesetz erweiterte schliesslich auch den Fächerkanon und wollte als Beitrag zur staatsbürgerlichen Bildung und zur Vorbereitung aufs Erwerbsleben neue Unterrichtsfächer wie vaterländische Geschichte und Geographie, Verfassungskunde oder Buchhaltung einführen. Für die Mädchen waren Arbeitsschulen vorgesehen, damit sie «desto besser in Stand gesetzt werden, für den Lebensunterhalt zu sorgen, indem sie nähen, stricken, ihre Kleider ausbessern lernen, und damit sie dem unordentlichen Leben, das aus dem Müssiggang entspringt, entzogen werden», wie Neuhaus vor dem Grossen Rat verlauten liess.<sup>95</sup>

Viele der projektierten Reformen im Primarschulwesen scheiterten vorerst am Mangel an finanzieller Unterstützung. Für die Kosten des Schulunterrichts und für die Besoldung der Lehrer mussten grösstenteils die Gemeinden aufkommen,

da der Staat nur wenig Mittel zur Verfügung stellte. Und je nach den ökonomischen Möglichkeiten und dem Willen der Gemeindebehörden gediehen die Schulen mehr oder weniger gut.

Hochgesteckte Ideale wollte der Perfektionist Charles Neuhaus in kurzer Zeit verwirklichen, doch die Entwicklung des Schulwesens blieb in mancher Hinsicht hinter den Erwartungen zurück. Das war gewiss nicht allein der Fehler des Erziehungsdepartementes, wie Gegner der Bildungspolitik von Neuhaus behaupteten, sondern war mit jenen Problemen verbunden, die sich der Regierung in allen Bereichen der Staatstätigkeit stellten. Alte Strukturen und Organisationsformen, Gewohnheiten und Mentalitäten waren nicht von einem Tag auf den andern umzukrempeln. Und wie Neuhaus selbst bekannte, wäre es unsinnig gewesen, Neuerungen im Bildungswesen mit repressiven Methoden zu erzwingen, so dass die Regierung darauf verzichtete, «durch Aufstellung von Militärgewalt unser Gesetz in Vollziehung zu bringen»<sup>96</sup>, und vielmehr auf gerichtlichem Weg pflichtvergessene Eltern verfolgte, die ihre Kinder nicht zur Schule schickten.

Zu den Gegnern der Schulpolitik von Neuhaus zählten unter anderen auch Fellenberg und Gotthelf, die beide selbst an der Gesetzgebung mitgearbeitet hatten – jener als Experte in der Leitung des Erziehungsdepartementes, dieser als Mitglied der Landschulkommission. Fellenberg hatte dem Erziehungsdepartement bereits bei der Gründung der Universität vorgeworfen, dass es das Pferd am Schwanz aufzäume, indem es das Bildungswesen von oben nach unten konzipiere. Gotthelf beschuldigte Neuhaus zehn Jahre später, die Volksbildung vernachlässigt zu haben. Auf dem Land sei der Unterricht so dürftig, dass die Kinder «von Staates wegen dumm gemacht werden». Mit einer Anekdote wollte der Schriftsteller illustrieren, wie wenig sich Neuhaus um die Primarschule gekümmert habe: Gotthelf berichtet nämlich, «dass, als einmal der Zufall das hohe Präsidium [des Erziehungsdepartementes] selbst in eine Schule führte, er derselben zum ewigen Andenken, dass das Präsidium selbst da gewesen, ein Fünffrankenstück geschenkt haben soll. Wenn das wahrscheinlich sein sollte, was wir jedoch gerne bezweifeln möchten, so hatte der hohe Betreffende mit dem Fünffrankenstück sicher nicht den Wert seiner Person, sondern die Seltenheit einer solchen Erscheinung in einer Primarschule verewigen wollen. (Auch mir ist diese Anekdote erzählt worden, doch wurde ein gewisser Don Carlos Casanova [zeitgenössischer Übername für Charles Neuhaus] als der Grossmüthige genannt.)»<sup>97</sup>